# Huml: Verstärkt gegen Gewalt in der Pflege vorgehen – Bayerns Gesundheits- und Pflegeministerin zum Welttag gegen die Misshandlung älterer Menschen am 15. Juni – Studien zum Umgang mit freiheitsentziehenden Maßnahmen geplant

13. Juni 2017

**Bayerns Gesundheits- und Pflegeministerin Melanie Huml** hat anlässlich des Welttags gegen die Misshandlung älterer Menschen am 15. Juni zu einem verstärkten Vorgehen gegen Gewalt in der Pflege aufgerufen. Huml betonte am Dienstag: „Jeder pflegebedürftige Mensch muss ein würdevolles und möglichst selbstbestimmtes Leben führen können. Deshalb ist es wichtig, Hinweise auf mögliche Gewalteinwirkungen ernst zu nehmen und ihnen nachzugehen."

Die Ministerin fügte hinzu: „Genauso wichtig sind Vorsorgemaßnahmen, damit es gar nicht erst zu Gewalt kommt. Dazu gehören auch Unterstützungsangebote für Menschen, die Angehörige pflegen und mit dieser Aufgabe überfordert sein könnten. Denn das Problem der Gewalt in der Pflege ist nicht auf Heime beschränkt. Vielmehr ist auch die familiäre Pflege betroffen."

Huml unterstrich: „Mein Ziel ist, Unterstützungs- und Entlastungsangebote für pflegende Angehörige weiter auszubauen. Zudem sollte über Belastungen und Überforderungen pflegender Angehöriger offener als bisher gesprochen werden. Das Thema Gewalt in der familiären Pflege darf kein Tabu sein, wenn wir die Lage der Betroffenen verbessern wollen."

Die Ministerin setzt sich zudem dafür ein, freiheitsentziehende Maßnahmen in der Pflege zu verringern. Sie erläuterte: „Jede Form auch einer korrekt angewandten Maßnahme wie etwa mechanische Fixierungen über Bettgitter oder Gurte stellt eine Gewaltanwendung dar. Dies kann auch für sedierende Medikamente wie Schlafmittel oder Psychopharmaka gelten, wenn mit deren Verabreichung zum Beispiel eine Einschränkung in der Fortbewegung des Betroffenen beabsichtigt ist."

Huml unterstrich: „Das bayerische Gesundheits- und Pflegeministerium wird die Forschung bei diesem Thema vorantreiben. So wollen wir wissenschaftlich untersuchen lassen, wie die Verabreichung von Psychopharmaka als freiheitsentziehende Maßnahme in der vollstationären Pflege reduziert oder ob ganz darauf verzichtet werden kann. Aus den Ergebnissen werden wir weitere Handlungsempfehlungen für eine gewaltfreiere Pflege entwickeln."

Die Ministerin fügte hinzu: „Darüber hinaus interessiert uns insbesondere auch der Umgang von freiheitsentziehenden Maßnahmen in Einrichtungen für erwachsene Menschen mit Behinderung. Wir haben die Fachstellen für Pflege- und Behinderteneinrichtungen – Qualitätsentwicklung und Aufsicht (FQA) daher beauftragt, dies schwerpunktmäßig zu prüfen. Das Ergebnis der Erhebung soll in Studien und Fortbildungsmaßnahmen der FQA einfließen. Langfristig möchten wir durch diese Studien und unsere diversen weiteren Aktionen einen Beitrag dazu leisten, die Anwendung von freiheitsentziehenden Maßnahmen zu reduzieren."

So sensibilisiert die Kampagne „Eure Sorge fesselt mich" des bayerischen Gesundheits- und Pflegeministeriums pflegende Angehörige und das Personal in Pflegeeinrichtungen für das Thema und stellt bewährte Alternativen zu freiheitsentziehenden Maßnahmen vor. Darüber hinaus hat das Ministerium bei der Entwicklung des Leitfadens des Bayerischen Landespflegeausschusses zum verantwortungsvollen Umgang mit freiheitsentziehenden Maßnahmen mitgewirkt, der aufgrund der großen Nachfrage zum wiederholten Mal nachgedruckt werden musste. Zudem ist das bayerische Gesundheits- und Pflegeministerium Mitglied der vom Betreuungsgericht München initiierten „Initiative München", die sich mit der Vermeidung von freiheitsentziehenden Maßnahmen durch mechanische Fixierungen und Psychopharmaka oder vergleichbar wirkende Medikamente auseinandersetzt.

Huml bekräftigte: „In jedem Einzelfall muss geprüft werden, ob andere pflegerische Maßnahmen eine Fixierung ersetzen können. Das gilt auch beim Einsatz von Psychopharmaka als freiheitsentziehende Maßnahme. Die Pflegekräfte müssen für ein verantwortungsvolles Vorgehen sensibilisiert und fortgebildet werden."

Die Ministerin erläuterte: „Vorbildcharakter hat hierbei der sogenannte ‚Werdenfelser Weg'. Er hat das Ziel, die Entscheidungsprozesse über die Notwendigkeit von freiheitsentziehenden Maßnahmen zu verbessern. Es geht dabei darum, Fixierungen auf ein unumgängliches Minimum zu reduzieren – in stationären Einrichtungen der Altenpflege und für Menschen mit Behinderungen sowie in somatischen und psychiatrischen Krankenhäusern. Die Initiative des Amtsgerichts und des Landratsamts in Garmisch-Partenkirchen hat weit über Bayern hinaus viele Nachahmer gefunden. Als vorbildliches Verfahren hat der ‚Werdenfelser Weg' eine Auszeichnung bei der Verleihung des Bayerischen Demenzpreises 2016 erhalten."

Weitere Informationen finden Sie im Internet unter:

https://www.stmgp.bayern.de/meine-themen/fuer-fach-und-pflegekraefte/eure-sorge-fesselt-mich/

Pressemitteilung auf der Seite des Herausgebers